



Binswanger

Sieg oder Containment?

Welche Hilfeleistungen an die Ukraine sollen die europäischen Länder leisten? Es gibt klare moralische Verpflichtungen. Aber keine einfachen Antworten.

Von [Daniel Binswanger](#), 25.02.2023

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert nun schon ein Jahr – und überzieht das Land mit Tod, Zerstörung und unermesslichem Leid. Die ukrainische Armee widersteht den Invasoren weiterhin heroisch. Doch nach den spektakulären Erfolgen im letzten Herbst hat sich nun eine Patt-situation eingestellt, ein entsetzlicher Abnutzungskrieg mit hohen Verlusten auf beiden Seiten.

Die Nato-Staaten haben ihre Waffenlieferungen erweitert und versorgen Kiew nun auch mit Kampfpanzern. Aber noch immer werden heftigste Debatten geführt über das richtige Mass der Unterstützung.

In der Schweiz gibt es ein grosses Tauziehen um die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Effektiv in Kraft treten würde eine modifizierte Gesetzesversion, die es ermöglichen soll, dass Drittstaaten aus der Schweiz importierte Rüstungsgüter an die Ukraine weitergeben dürfen, allerdings frühestens nächstes Jahr.

Die Grundsatzfragen jedoch, die mit dem Entscheid verbunden sind, könnten dringlicher nicht sein: In welcher Form soll die Eidgenossenschaft ihre Neutralität hochhalten, wenn europäische Staaten zum Opfer von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen werden? Und wie ist angesichts der neuen Bedrohung das richtige Gleichgewicht zu finden zwischen Wehrebereitschaft und pazifistischem Grundbekenntnis?

Die Widersprüche sind nicht einfach zu vermitteln. So hat sich eine sehr ungewöhnliche Allianz herausgebildet zwischen den Grünen und der SVP, die beide eine strikte Auffassung der Schweizer Neutralität aufrechterhalten und Waffenexporte an Kriegsparteien weiterhin verbieten wollen. Bei den Grünen wird diese Positionierung dadurch verkompliziert, dass die

Basis Waffenlieferungen an die Ukraine sehr deutlich bejaht – während die Parteiführung eine ablehnende Haltung einnimmt. Auf die Dilemmata, in die der Pazifismus in Kriegszeiten gerät, gibt es keine selbstevidenten Antworten.

Noch viel offensichtlicher wird das in Deutschland, wo nicht um Neutralität, sondern um die Waffenlieferungen gestritten wird – und die Debatte immer giftiger wird. Am heutigen Samstag findet am Brandenburger Tor in Berlin eine schon im Vorfeld umstrittene Demonstration statt, mit der die Forderungen des von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht lancierten «Manifests für Frieden» auf die Strasse getragen werden.

Das Manifest tritt ein für sofortige Verhandlungen mit Putin und gegen Waffenhilfe – jedenfalls, wie mit wohl gezielter Unschärfe gesagt wird, gegen «die Eskalation der Waffenlieferungen». An der Demo werden Teile der Linken aus dem Umfeld von Wagenknecht, aber auch viele Rechtsextreme und AfD-Vertreter erwartet. Es scheint sich eine neue Querfront auszubilden. Diesmal nicht mit der Corona-Leugnung als gemeinsamem Nenner, sondern im Namen einer bestimmten deutschen «Ostpolitik».

Es ist nicht erstaunlich, dass die Gehässigkeit der Debatte sich immer mehr verschärft. Die Gräueltaten des Krieges sind unerträglich, provozieren heftigste moralische Entrüstung und berechtigten Zorn. Und, um das in der Tat Offensichtliche noch einmal auszusprechen: Die Forderung des Manifests, Waffenlieferungen einzustellen oder zurückzubinden und *stattdessen* sofort auf Friedensverhandlungen zu drängen, ist schlicht und einfach absurd.

Die Ukraine hat einen unbestreitbaren Anspruch darauf, sich gegen die Invasionsarmee und ihre schweren Verbrechen zur Wehr zu setzen. Der Westen steht in der moralischen, völkerrechtlichen und strategischen Pflicht zur Hilfeleistung. Dennoch ist nun eine Debatte entstanden, die mit grosser Aggressivität geführt wird. Die Polarisierung der Öffentlichkeit hat in der Corona-Zeit eine neue Qualität angenommen. Das Kriegsgeschehen, zu dem der Westen sich verhalten muss, scheint diese Entwicklung weiter zu verstärken.

Besonders augenfällig ist das geworden anhand der Polemik um die jüngste Stellungnahme zum Krieg, die Jürgen Habermas in dem Artikel «Ein Plädoyer für Verhandlungen» in der «Süddeutschen Zeitung» vorgenommen hat. Es ist ein Text, der in vielerlei Hinsicht kritisierbar ist, der aber auch ein paar der heute entscheidenden Dilemmata pointiert auf den Begriff bringt. Es ist ein Beitrag, über den man intensive Debatten führen sollte, durchaus kontrovers, aber auf sachlichen Austausch bedacht. Doch selbst unter Deutschlands führenden Intellektuellen scheinen solche Debatten kaum mehr möglich zu sein.

Habermas bejaht die Notwendigkeit der deutschen Waffenhilfe völlig unmissverständlich, auch die Lieferung von Panzern. Er verteidigt allerdings den Willen von Olaf Scholz, nur im Gleichschritt mit den USA ein Upgrade der Lieferungen zu vollziehen. Und er ist der Überzeugung, dass der Westen Verhandlungen aufgleisen sollte.

Habermas' Analyse stellt vor allen Dingen eine, ja vielleicht die fundamentale Grundfrage, der die westlichen Staaten sich zu stellen haben: «Ist es das Ziel unserer Waffenlieferungen, dass die Ukraine den Krieg «nicht verlieren» darf, oder zielen diese nicht vielmehr auf einen «Sieg über Russland?» Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen Nicht-verlieren-Dürfen und Siegen-Müssen.

Dass die Ukraine nicht verlieren darf, ist der Grund, weshalb Habermas sich für die Waffenlieferungen einsetzt. Putin darf mit seinem Angriffskrieg keinen Erfolg haben. Das wäre eine unsagbare Katastrophe für die Ukraine, für Osteuropa, für die künftige Entwicklung Russlands, für die freie Welt. Putin darf nicht gewinnen.

Eine andere Frage ist es jedoch, ob er besiegt werden kann. Und ob es die richtige Strategie ist, wenn der Westen an Russland das Signal aussendet, dass er es besiegen will.

Dieser Krieg wird nicht enden wie der Zweite Weltkrieg, was hiesse: mit der bedingungslosen Kapitulation des Aggressors. Es werden keine ukrainischen Panzerverbände in Moskau einrollen, nur schon deshalb, weil Russland eine Atommacht ist. Man mag einwenden, dass dieses Szenario ohnehin völlig abwegig ist und niemand im Ernst darauf abzielt. Das trifft zu, aber die Forderung, Putin müsse sich vor einem internationalen Gerichtshof verantworten, ist durchaus ein wichtiges Element des westlichen Diskurses. Und wie soll das gehen, wenn Russland nicht besiegt wird?

Man mag natürlich darauf hoffen, dass Putin durch russische Gegenkräfte entmachtet und für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen wird. Die beste Lösung würde zweifelsohne in einem *regime change* liegen. Allerdings ist in keiner Weise gesichert, dass es dazu kommen wird. Wenn die Ukraine auch mithilfe der Waffenlieferungen Putin nicht besiegen kann, wie erzielt sie dann das beste Putin-Containment? Das ist die zentrale strategische Frage, auf die heute eine Antwort gegeben werden muss. Es ist die Frage, die Habermas ins Zentrum zu stellen versucht.

Sollte es keine bessere Lösung geben als das Containment, werden nur Verhandlungen den Krieg beenden. Wie diese Verhandlungen aussehen werden und ab wann sie auf sinnvolle Weise geführt werden können, wird weitestgehend vom militärischen Kräfteverhältnis bestimmt werden. Auch deshalb muss der Westen die Ukraine weiter aufrüsten. Aber gleichzeitig ist klar, dass er nicht alle «roten Linien» einfach missachten kann. Dass der Krieg nicht zu einer Direktkonfrontation zwischen Russland und der Nato werden darf. Dass es besser ist, eine akzeptierbare Lösung früher als später zu finden, weil dadurch noch mehr Zerstörung, Leid und Tote verhindert werden können. Immer klarer scheint sich abzuzeichnen, dass die militärische Pattsituation noch lange weiterbestehen könnte.

Es stellen sich sehr viele verzweifelte Fragen: Könnte ein Waffenstillstand entlang der Linien vom 23. Februar 2022, dem Tag vor der russischen Invasion, akzeptiert werden? Oder müsste der ganze Donbass mit militärischen Mitteln befreit werden? Am schwierigsten ist wohl die Frage der Krim. Natürlich ist die Annexion durch Russland absolut widerrechtlich. Natürlich haben die Scheinreferenden keinerlei Legitimität und könnte nichts wünschenswerter sein als die sofortige Befreiung. Aber soll die Nato die Ukraine so weit hochrüsten, dass eine Rückeroberung der Krim versucht werden kann? Wie viele Tote wäre dieses Vorhaben wert? 100'000, 200'000? Wären es deutlich weniger – oder noch viel mehr?

Die Nato – auch hier hat Habermas recht – darf diese Fragen nicht über den Kopf der Ukrainer hinweg entscheiden, aber sie kann sich auch nicht aus der Verantwortung stellen. Sie hat über die Ausgestaltung ihrer Militärhilfe einen entscheidenden Einfluss auf den Kriegsverlauf. Sie muss ein Konzept ihrer Zielsetzungen, der akzeptablen Kosten und Risiken haben. Das sind keine einfachen Abwägungen. Die Nato muss geschlossen hinter der Ukraine stehen – aber sie darf den Krieg auf keinen Fall anheizen.

Dieser Krieg ist ein unerträgliches Unrecht, und wir sind zu voller Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung verpflichtet. Unsere Solidarität muss auch den russischen Zwangsrekrutierten gelten, die zu Tausenden auf den Schlachtfeldern verheizt werden. Es muss mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, dass die Barbarei ein Ende nimmt. Aber leider könnte es durchaus sein, dass dieses Ende weder moralisch befriedigend noch völkerrechtlich gerechtfertigt sein wird – und dennoch die beste realisierbare Lösung darstellt.

Doch selbst im westlichen Europa wird diese schwierige Debatte inzwischen von erbitterten Freund-Feind-Reflexen beherrscht. So darf sie nicht geführt werden.

Illustration: Alex Solman